



.....

WBZ: Kaum Arbeit mit Zahnärzten

Die Gesundheitsreform beschäftigt nun auch die Zentrale zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs (WBZ): Im Jahr 2004 gingen bei der deutschen Wettbewerbszentrale in Bad Homburg 1.700 entsprechende Anfragen und Beschwerden ein. Lediglich 143 Vorgänge betrafen Ärzte (2003: 166), nur 15 Vorgänge Zahnärzte und 37 befassten sich mit Krankenhäusern. Bei 329 Vorgängen ging es um Apotheken (plus 45 Prozent gegenüber 2003) und bei 94 Vorgängen um Krankenkassen. Bei den Apotheken führte etwas mehr als die Hälfte der knapp 330 Eingaben zu Abmahnungen, die restlichen Beschwerden waren entweder unbegründet oder es handelte sich um Anfragen. Den Unmut GKV-Versicherter gegenüber der Praxisgebühr bekamen auch die Wettbewerbschüter zu spüren. In 40 Fällen musste die Wettbewerbszentrale einschreiten, weil die Praxisgebühr als Marketinginstrument eingesetzt wurde. So warben nicht nur Apotheken, sondern auch Krankenkassen, Kfz-Werkstätten, Einrichtungshäuser und Reisebüros mit der Erstattung der Praxisgebühr. In fünf Fällen führte die Wettbewerbszentrale gerichtliche Entscheidungen herbei. Nicht immer scheiterten allerdings die „Wohltäter“. Das Landgericht Hanau bescheinigte sogar einem Möbelhaus, das damit geworben hatte, beim Einkauf die 10 Euro Praxisgebühr bei Vorlage der Quittung zu erstatten, es könne gar nicht gegen die Vorschriften des Sozialgesetzbuches verstoßen. Eine höchstrichterliche Entscheidung dazu steht noch aus. Die Wettbewerbszentrale mahnt gleichwohl zur Vorsicht bei aller Werbung, die das Erstellen der Praxisgebühr zum Inhalt hat.

ik / dgd

.....

2.900 Euro für Gesundheit

Nach Mitteilung des Statistischen Bundesamtes wurden im Jahr 2003 insgesamt 239,7 Mrd. Euro oder 11,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Gesundheit ausgegeben. Das waren zwei Prozent mehr als im Vorjahr (2002: plus 3,2 Prozent). Die Ausgaben je Einwohner lagen rechnerisch bei 2.900 Euro

(2002: 2.850 Euro). Die Auswirkungen der Gesundheitsreform wurden in den Berechnungen noch nicht berücksichtigt. Rund 57 Prozent der Gesundheitsausgaben des Jahres 2003 hat die Gesetzliche Krankenversicherung getragen. An zweiter Stelle standen die privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck. Sie zahlten 12 Prozent der Ausgaben, knapp 9 Prozent entfielen auf die privaten Krankenversicherungen, deren Aufwendungen um 4,5 Prozent und damit am stärksten zunahmen.

ik / Statistisches Bundesamt

.....

Zahnarztpraxen: Jobmaschine

1,7 Millionen Beschäftigte und damit 41,3 Prozent des gesamten bundesdeutschen Gesundheitspersonals sind in ambulanten Einrichtungen tätig. Zu gut drei Viertel handelt es sich dabei um Frauenarbeitsplätze. Diese Zahlen vermeldete das Statistische Bundesamt anlässlich des Weltgesundheitstages am 7. April dieses Jahres. Innerhalb der ambulanten Versorgung wiederum stellen die rund 113.000 Arztpraxen mit 653.000 Beschäftigten das Gros der Arbeitsplätze – gefolgt von den Zahnärzten. Obwohl hier „nur“ 46.000 in Praxen niedergelassen sind, setzen diese jedoch überproportional, nämlich 326.000 Menschen, in Lohn und Brot. So beschäftigt jede Zahnarztpraxis durchschnittlich sieben Personen. Zum Vergleich: In der gesamten ambulanten Pflege arbeiten nur 201.000 Menschen.

hg / opg

.....

Blindflug: Integrierte Versorgung

Die Bundesregierung hat offenbar keinen Überblick über die Anzahl von Vertragsabschlüssen zur Umsetzung der Integrierten Versorgung. Genauso wenig bekannt sind Umfang und Gründe von Ablehnungen durch die Krankenkassen. Dies geht aus der Regierungsantwort (Bundestagsdrucksache 15/5182) auf eine kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion (BT-Drucksache 15/5057) hervor. Es fehlt im Augenblick insbesondere an detaillierten Erhebungen, die eine Einsicht in Verfahren und damit Rückschlüsse auf Motive wie Inhalte des Entscheidungs-



prozesses ermöglichen. Eine Bewertung von Erfolg oder Misserfolg bzw. eine Justierung und Korrektur der Auswahlkriterien ist daher zum jetzigen Zeitpunkt nicht realisierbar. hg / fa

Misstrauen durch Medien

Die „Art, wie Journalisten über Politik berichten“, ist nach Meinung der Bundestagsabgeordneten eine der Hauptursachen für den Vertrauensverlust zwischen Politik und Öffentlichkeit. 97 Prozent der Parlamentarier stimmen in einer schriftlichen Befragung des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) dieser Aussage zu. Als weitere Gründe für das wachsende Misstrauen nennen die Abgeordneten „überzogene Versprechungen von Politikern“ (89 Prozent) sowie die Tatsache, dass es den Wählern immer schwerer falle, „klare Unterschiede zwischen den Parteien zu erkennen“ (80 Prozent). Erst auf Platz vier der Ursachen-Skala rangieren nach Meinung der Abgeordneten die „Affären und Skandale, in die Politiker verwickelt waren“ (78 Prozent). Die Abgeordneten zeigen sich durch das Problem des Vertrauensverlustes alarmiert. So bezeichnen 83 Prozent das schwindende Vertrauen als „bedenklich für die zukünftige Entwicklung des politischen Systems in Deutschland“. Fast 80 Prozent der Abgeordneten gehen davon aus, dass die Bürger heute weniger Vertrauen in Politiker und Parteien haben als vor 15 bis 20 Jahren. An der schriftlichen Befragung nahmen 205 Parlamentarier teil. Die Parteiateile entsprechen der Verteilung im Bundestag. ik / WZB

BLÄK: Führungswechsel

Dr. Rudolf Burger (48) ist seit 1. April 2005 Hauptgeschäftsführer der Bayerischen Landesärztekammer (BLÄK). Der Facharzt für Anästhesiologie und öffentliches Gesundheitswesen tritt damit die alleinige Nachfolge von Dr. Enzo Amarotico und Dr. Horst Frenzel an, die als Doppelspitze die Geschicke der BLÄK annähernd 20 Jahre lang lenkten. Der „neue“ Geschäftsführer ist kein Unbekannter in der BLÄK. Seit seinem Eintritt 1992 als verantwortlicher Arzt für den Bereich Berufs-

ordnung stieg der gebürtige Münchner kontinuierlich innerhalb der Standesorganisation auf und machte sich schon bald als „Strategie und Ordnungspolitiker“ einen Namen, so BLÄK-Präsident Dr. H. Hellmut Koch zur Amtseinführung. hg / BÄB

Krankenkassen: Roll back

Der Aufwärtstrend bei den Betriebskrankenkassen (BKK) scheint gebrochen. So hat der Verband 2004 erstmals seit Jahren Mitglieder verloren. Rund 50.000 Versicherte sollen den BKKen in diesem Zeitraum den Rücken gekehrt haben. Diese Zahlen korrespondieren mit einer „Erfolgsmeldung“ der Deutschen Angestellten Krankenkasse (DAK), die den Zugang von 22.900 Ex-BKKlern meldet. Noch im Vorjahr (2003) hatte allein die DAK 80.000 Mitglieder an die BKK-Konkurrenz verloren. DAK-Sprecher Jörg Bodanowitz führt diese „deutliche Trendumkehr“ u.a. auf die Beitragsabsenkung seiner Krankenkasse auf 14,7 Prozent zurück. Der durchschnittliche Beitragssatz bei den BKK beträgt aktuell 13,9 Prozent. Dennoch hält der Konzentrationsprozess im BKK-Segment an. Ende 2004 gab es noch 267 Krankenkassen und somit im Jahresverlauf um 20 weniger als 2003. Noch 1991 buhlten rund 1.200 Gesetzliche Krankenkassen um Mitglieder. hg / äz

Arzneimittelpreise sinken

Der Trend zu stabilen Arzneimittelpreisen hat sich fortgesetzt. Nach einer Analyse des Verbands Forschender Arzneimittelhersteller (VFA), die alle zwischen dem 1. Januar und 15. März 2005 wirksam gewordenen Preisänderungen erfasst, sind von rund 55.000 verschreibungspflichtigen Arzneimittelpackungen 3.400 teurer geworden. Mehr als dreimal so viel, nämlich über 11.000, wurden dagegen billiger. Auch die Preise von Arzneimitteln, die nicht unter Festbetrag stehen, bewegen sich nach unten: Rund 3.000 Artikel haben sich verteuert, für knapp 3.800 wurden die Kosten gesenkt. Rückschlüsse auf die weitere Kostenentwicklung im laufenden Jahr lassen die Zahlen nicht zu. ik / VFA